

Landtag von Sachsen-Anhalt  
Fraktion der Linkspartei.PDS  
Arbeitskreis IV

Waldbesitzerverband für  
Sachsen-Anhalt e.V.  
Geschäftsführer  
Herr Schmidt-Mölholm  
Storkauer Straße 25  
39596 Staffelde

Magdeburg, 28.12.2005.

### **Wahlprüfsteine**

Sehr geehrter Herr Schmidt-Mölholm,  
bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 30.11.2005 möchten wir Ihnen unsere Standpunkte /  
Antworten auf Ihre Fragen zur Forstpolitik der Linkspartei.PDS übermitteln.  
Für weitere Nachfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit besten Grüßen und Wünschen für das neue Jahr

Harry Czeke  
MdL

### **Frage 1 – Sozialbindung des Waldeigentums**

- a) Maßnahmen zur weiteren Entbürokratisierung auch im Bereich des Naturschutzrechtes können nur dann zum Erfolg führen, wenn sie auf einer breiten Aufklärungsarbeit, Information und Einbeziehung der Betroffenen Eigentümer, der in der Region lebenden Menschen, der Kommunen usw. basieren.  
Wir gehen davon aus, dass der Wald dabei nicht nur als Wirtschaftsfaktor also aus betriebswirtschaftlicher Sicht zu bewerten ist.
- b) Bei der Schutzgebietsausweisung haben der Bund und die Länder eine Vorbildwirkung zu gewährleisten.  
Das heißt aber, dass der Privatwald bei der Schutzgebietsausweisung nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben kann. Die ökologische Funktion des Waldes kann nur in seiner Gesamtheit sichergestellt werden.
- c) Den Vertragsnaturschutz halten wir für eine gute Möglichkeit privates Engagement für Erreichung von Naturschutzziele zu nutzen. Er ist ein Weg auf dem sich privatwirtschaftliche Interessen der Waldeigentümer mit den gesamtgesellschaftlichen Erwartungen und Erfordernissen bezüglich einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung treffen können.
- d) Wenn der betreffende Waldeigentümer sich konsequent an den vorgegebenen Auflagen zur Sicherung der Naturschutzziele hält, sind ökologisch begründete Nutzungsbeschrän-

kungen unbedingt auszugleichen. Wenn im Wissen um Naturschutzbeschränkungen Wald erworben wurde, kann nicht unbedingt damit gerechnet werden, dass ein entsprechender Ausgleich erfolgt.

Zusätzliche und später eingeführte Nutzungsbeschränkungen zur Sicherung von Naturschutzziele sollten dem Waldeigentümer nicht zum Nachteil gereichen. Sie sind nach Prüfung der Sachlage auszugleichen.

- e) Im Prinzip unterstützen wir diese Forderung. Wir gehen dabei aber auch davon aus, dass die heimischen Verhältnisse so ausgestaltet sind, dass sie den Erfordernissen einer ökologisch orientierten und nachhaltigen Waldbewirtschaftung Rechnung tragen.

## Frage 2 – Wald und Umweltleistungen

- a) Die Leistungen der Forstwirtschaft bezüglich der Reinhaltung und Speicherung von Wasser sind in erster Linie Leistungen des Waldes selbst, die nur erbracht werden können, wenn dieser gesund ist; er also schonend, das heißt nachhaltig und ökologisch bewirtschaftet wird. Nur insofern kann der entsprechende Waldeigentümer auch gesellschaftliche Anerkennung erfahren.  
Voraussetzung ist natürlich, dass dem Wald nicht durch äußere Einflüsse – also ohne Verschulden des Eigentümers - Schaden zugefügt wurde.
- b) Dem Emissionshandelssystem stehen wir sehr kritisch gegenüber. Ansonsten verweisen wir auf unsere Überlegungen zum Punkt a.

## Frage 3 - Wald und Holz

- a) Wir meinen, dass der Holzmarktausschuss in erster Linie der Verfolgung und Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen dient und darum zunächst eine Angelegenheit der Fachleute ist. Eine politische Einflussnahme diesbezüglich könnte wieder ein Mehr an Bürokratie bedeuten. Die Entscheidungskompetenz, einen Holzmarktausschuss einzurichten, sollte ausschließlich bei Ihnen liegen. Eine Mitwirkung des Landes sehen wir gegebenenfalls nur darin begründet, dass das Land gleichermaßen Waldbesitzer ist. Aus forstpolitischer Sicht sehen wir daher vor allem bei Ihnen Handlungsbedarf. Zur Sicherung von entsprechenden Rahmenbedingungen kommt der Landespolitik selbstverständlich eine wichtige Aufgabe zu. Zum Beispiel durch Flurbereinigungsmaßnahmen oder durch einen höheren Organisationsgrad in Forstbetriebsgemeinschaften die Effizienz in der Waldbewirtschaftung zu erhöhen sowie den Forstschutz zu verbessern. Die wohl wichtigste politische Aufgabe besteht darin, durch geeignete Steuer- und Fördermechanismen die Nachfrage nach Holz als Rohstoff und Energie träger zu verbessern und sicherzustellen. Das reguliert schließlich und letztlich auch den Preis.
- b) Sofern Sie unter *Waldbesitzerzusammenführung* die Schaffung größerer, optimaler Wirtschaftseinheiten meinen, begrüßen wir diese Entwicklung sehr. Gerade beim Wald bringen solche Einheiten oder auch die abgestimmte Bewirtschaftung von Waldflächen, auch wenn diese nicht immer unmittelbar zusammenhängen, weit mehr als nur wirtschaftliche Vorteile. Eine abgestimmte Bewirtschaftung über alle Eigentumsformen wäre im Interesse der ökologischen Waldbewirtschaftung, der Sicherung der Naturschutzziele und des Forstschutzes allgemein. Ihr Hinweis auf besser zu bewirtschaftende *Eigentumseinheiten* erscheint uns unklar und bedarf gegebenenfalls einer Erläuterung Ihrerseits.

- c) Im Sinne unserer Überlegungen von Punkt b unterstützen wir natürlich die weitere Erhöhung des Organisationsgrades in Forstbetriebsgemeinschaften.
- d) Auch Kooperationsmodelle und andere Formen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Holzvermarktung würden wir gern unterstützen. Wir regen dazu an, bei diesen Überlegungen nicht allein im Bereich der Vermarktung zu verharren. Im Übrigen gab es bereits auch im Rahmen der bisherigen Forststruktur eine zentrale Vermarktung durch den Landesforstbetrieb. Das hatte für alle Beteiligten nicht zuletzt auch finanzielle Vorteile gebracht.  
Im Weiteren verweisen wir auch hier auf Punkt b.
- e) Die verstärkte Nutzung von Holz als Energie- und Rohstofflieferant wird von uns begrüßt. Wir sind davon überzeugt, dass eine so ausgerichtete Energie- und Materialpolitik Auswirkungen zugunsten von Klima und Arbeitsplatzsicherung haben wird. Außerdem könnte eine darauf basierende Holz-Charta wieder neue Perspektiven für den Wald und die Forstwirtschaft und damit für viele Menschen in den ländlichen Räumen bieten, weil sie hilft, ein in den letzten Jahrzehnten verlorengegangenes Terrain zurückzuerobern – zum Beispiel Holz als Brennstoff statt fossile Quellen zu nutzen. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang, Fördermittel gezielt für die Umstellung von Heizsystemen auf Holzbasis einzusetzen. Dafür insbesondere in den ländlichen Regionen günstige Förderkonditionen vorzuhalten. Ähnliches sollte in Bezug auf die Verwendung von *einheimischen* Holz als Baumaterial geschehen.

#### **Frage 4 –Wald und Fixkostenbelastung**

- a) Wir vertreten den Standpunkt, dass diese Frage sehr differenziert beantwortet werden muss. Welchen Einfluss hat der konkrete Baumbestand / die konkrete Waldfläche tatsächlich z.B. auf die Wasserverhältnisse? Zu berücksichtigen wären Größe und Art des Bestandes und die Bedingungen bzw. Konditionen unter denen der Wald gegebenenfalls erworben worden ist. Inwiefern ist der Waldbesitzer in der Lage mit seinem Wald aus Jagd und Baumbestand ein *einträgliches Geschäft* zu betreiben? In diesem Sinne wäre vorstellbar, die Fixkosten progressiv oder degressiv zu gestalten.

#### **Frage 5 - Wald und Förderung**

- a) Wir denken, dass die forstpolitischen Ansätze in der Linkspartei.PDS stets dem Verfassungsauftrag der Förderung der Forstwirtschaft entsprochen haben. Dafür spricht, dass wir den Wald nie ausschließlich als Wirtschaftsfaktor, sondern immer auch als Allgemeingut von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung betrachten haben. In unserem Bemühen um den Erhalt der Einheitsforstverwaltung im Rahmen der Forststrukturreform findet das u.a. seinen Ausdruck. Entsprechend der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten werden wir auch künftig darauf Einfluss nehmen, dass der Wald in seiner Multifunktionalität betrachtet und behandelt wird. In diesem Sinne bedauern wir sehr, dass die Einheitsforstverwaltung leichtfertig und entgegen der mehrheitlichen Willensbekundung von Fachleuten aufgegeben worden ist.